

**Interpellation Nr. 95 (September 2021)**

21.5520.01

betreffend Bedürfnisse der Universität und der Forschung

Der Bundesrat entschied vor kurzem die Verhandlungen mit der EU über das Rahmenabkommen abzubrechen. Das hat für die Schweiz und besonders für die Region Basel Konsequenzen. Für die Universität, die Fachhochschule und Forschungsinstitutionen bedeutet dieser Abbruch die Drohung, bei europäischen Programmen rauszufliegen oder bei neuen Programmen nicht berücksichtigt zu werden. Für den Standort Basel ist dies sehr heikel und schadet der Region langfristig.

Mit oder ohne Rahmenabkommen, die Schweiz und damit Basel bleibt im geographischen Zentrum Europas. Eine gute Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn ist für alle von Vorteil. Schon nach der Abstimmung zur Masseneinwanderung wurden die Konsequenzen für Schweizer Studenten schnell ersichtlich. Ohne Eingreifen des Bundesrates mit einer Übergangslösung hätten zahlreiche Schweizer Studierende nicht vom Austauschprogramm Erasmus profitieren können. Solche Engpässe müssen nun im Voraus verhindert werden.

In diesem Zusammenhang bittet die Interpellantin den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Universitäts- und Forschungsprogramme sind in Basel-Stadt von einem Abbruch der Zusammenarbeit mit der EU bedroht?
2. Welche Folgen hat das Ende der Verhandlungen über das Rahmenabkommen mit der EU für unsere Bildungs- und Forschungsinstitutionen?
3. Sind unsere Institutionen auf allfällige Veränderungen in der Zusammenarbeit mit Europäischen Institutionen vorbereitet und werden ihre Bedürfnisse für die Zukunft berücksichtigt?

Beatrice Isler